
FORUM: Die Arbeit und ihre Zukunft

André Gorz: Enteignung und Wiederaneignung der Arbeit

André Gorz, geb. 1924 in Wien, lebt seit 1947 als Schriftsteller und Philosoph in Frankreich.

An Arbeit kann es nie fehlen, solange man sie im ursprünglichen Sinne der Moderne begreift: als eine geistige und/oder körperliche Kraftentfaltung, durch die die Menschen sich selbst, ihre Umwelt und ihre gesellschaftlichen Verhältnisse gemäß ihren aufgeklärten Bedürfnissen gestalten. Es wird in diesem Sinne immer beliebig viel Arbeit zu tun geben, auch wenn alle materiellen Bedürfnisse gedeckt sind. Je weniger Arbeit eine Gesellschaft braucht, um allen das Lebensnotwendige zu sichern, umso mehr kann sie, wie Marx schrieb, die „Kraftentfaltung“ ihrer Mitglieder auf die Ebene der „höheren Tätigkeiten“ verlagern, „die sich als Selbstzweck gelten“.

Arbeitslosigkeit kann es nur in Gesellschaften geben, in denen diese Verlagerung, obwohl längst möglich, aus politischen und kulturellen Gründen verhindert wird. Seit langem ist dies in den kapitalistischen Gesellschaften der Fall. Insbesondere der sich seit 25 Jahren verschärfende „Mangel an Arbeit“ hat seinen tieferen Grund darin, dass die Erwerbsarbeitsgesellschaft Arbeit nicht mehr begreift als etwas, das man zielbewusst tut, sondern als etwas, das man „hat“: als vorgegebene, fremdbestimmte, warenförmige Tätigkeit, die einen zahlungsunfähigen „Arbeitgeber“ braucht, um verrichtet zu werden. Von Eigenarbeit und Selbsttätigkeit bleiben nur noch schnell verschwindende Restbestände übrig.

Enteignete Arbeit

Der systematische Abbau, ja die Bekämpfung von Eigenarbeit und lokaler oder familiärer Selbstversorgung waren vor 200 Jahren die Vorbedingung für die Entwicklung der Manufakturen und, bis vor 100 Jahren, des Industriekapitalismus. Wie man es in Ures (von Marx viel zitierter) *Philosophy of Manufactures* nachlesen kann, ging es den frühkapitalistischen Arbeitgebern darum, die Macht der bisher selbständigen Arbeiter über ihre Arbeitsmittel, Arbeitszeit und Erzeugnisse zu brechen, um sie zur Lohnarbeit und Lohnabhängigkeit zwingen zu können. Der Besitz und Gebrauch von Arbeitsmitteln war den Arbeitgebern vorbehalten. Massenarbeitslosigkeit und Aufstände der ihrer Arbeitsmittel enteigneten Arbeiter waren die Folge.

Die Monopolisierung der Arbeitsmittel durch das Kapital hat sich im Laufe der Zeit allmählich verselbständigt. Der gesellschaftliche Produktionsprozess wurde immer arbeitsteiliger, komplexer und undurchsichtiger, die Fertigkeiten und das Wissen wurden immer enger spezialisiert. Die verschiedenen Arbeiten und deren unmittelbare Ergebnisse hatten nur noch Tauschwert, nicht aber Gebrauchs- oder Eigenwert. Sie dienten in erster Linie dazu,

Geld zu verdienen, um alles, was ein Mensch braucht oder wünscht, kaufen zu können. Entsprechend hat die Gesellschaft die Menschen in einer Weise geschult und sozialisiert, die sie fremdbestimmter, funktional spezialisierter Erwerbsarbeit fähig, aber zu Eigenarbeit, Selbstversorgung, Muße und Besinnung unfähig macht. Denn allein Menschen, deren Fähigkeiten seit der frühen Kindheit auf die unmittelbaren Bedürfnisse von Arbeitgebern zugeschnitten sind, sind gezwungen, Arbeit zu „suchen“ und zu „finden“, um arbeiten zu können.

Diskontinuierliches Arbeiten

Nun vollzieht sich seit 25 Jahren ein doppelter, tief greifender Wandel: Die Menge von Arbeit, deren das Kapital für seine größtmögliche Verwertung bedarf, nimmt rapide ab. Und zudem wird das Monopol, das sich das Kapital als Alleinbesitzer der ausschlaggebenden Produktions- und Arbeitsmittel aufgebaut hat, brüchig.

1. Das Zusammenschrumpfen des benötigten Erwerbsarbeitsvolumens (in Westdeutschland: minus 10 Prozent seit 1991, minus 17 Prozent seit 1980, minus 32 Prozent seit 1965) hat u.a. zur Folge, dass stabile, vollzeitige Arbeitsplätze immer seltener, häufig unterbrochene, diskontinuierliche Erwerbsverläufe zur Normalität werden.¹ Mit Zeitarbeit, Leiharbeit, Arbeit auf Abruf, Teilzeitbeschäftigung, geringfügiger Beschäftigung usw. unterlaufen und umgehen die Arbeitgeber die Tarifverträge. Das so genannte „Normalarbeitsverhältnis“ gilt in Westdeutschland nur noch für 55 Prozent der Beschäftigten (1980: 80 Prozent), in Italien und Großbritannien für weniger als die Hälfte, in den 500 größten US-amerikanischen Unternehmen für bloß 10 Prozent. Tarifliche Wochenarbeitszeitverkürzungen haben immer weniger Wirkung.

Unter diesen Umständen wird es einleuchtend, für alle Bürger ein garantiertes Grundeinkommen zu fordern. Durch diese Grundsicherung wird es möglich, die Diskontinuität des Erwerbsverlaufs in ein neues Freiheitsrecht umzuwandeln, d.h. in das Recht auf längere und kürzere Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit, während derer man mit dem Grundeinkommen auskommen kann. Arbeits- und Nichtarbeitsperioden müssen natürlich auf Grund dieses Rechts individuell gewählt und kollektiv ausgehandelt werden können, wie bereits in einer Anzahl fortschrittlicher Betriebe. Da die gesellschaftliche Schöpfung von Reichtum immer weniger Arbeit erfordert, darf auch das Recht auf ein ausreichendes Einkommen nicht von der Menge der geleisteten Erwerbsarbeit abhängen.

Gegenwärtig beträgt die Erwerbsarbeitszeit nur noch ein Siebtel oder ein Achtel der wachen Lebenszeit der mehr als 18-jährigen. Die Zukunft liegt in einer Wechselbeziehung zwischen immer kürzeren Perioden bezahlter Arbeit und immer längeren Perioden freier, individueller und gemeinschaftlicher

¹ Siehe Gerd Mutz, Dynamische Arbeitslosigkeit und diskontinuierliche Erwerbsverläufe, in: Berliner Debatte Initial 8/1997, S. 23-36.

Selbsttätigkeit. Es ist höchste Zeit, die ideologische Erwerbsarbeitszentrierung zu bekämpfen, nicht nur in der Erziehung und der Bildung, sondern auch praktisch, und zwar durch Maßnahmen und öffentliche Einrichtungen, die es allen sozusagen veranschaulichen, dass die Gesellschaft die freiwilligen Selbsttätigkeiten mindestens ebenso hoch bewertet wie die Erwerbsarbeit, und auch bereit ist, ihre freie Entfaltung bedingungslos zu fördern.

Wiederaneignung der Arbeit

2. Die Frage der Finanzierung wird sich in Zukunft ganz anders stellen müssen als im bisherigen marktwirtschaftlichen Rahmen. Der technologische Wandel, namentlich die Verbreitung computergesteuerter Maschinen und Fertigungssysteme, die demnächst sich selbst zu reparieren und zu vermehren fähig sein sollen, birgt quasi unbegrenzte Selbstversorgungs- und Selbsttätigkeitsmöglichkeiten für lokale Gemeinschaften und auch für einzelne Personen. Diese Möglichkeiten, die Frithjof Bergmann in seinen Zentren für Neue Arbeit praktisch zu verwirklichen angefangen hat,² wurden von Alvin Toffler bereits vor 20 Jahren beschrieben.³ Sie bieten in Indien, China oder Mexiko ebenso gut wie in Deutschland oder Kanada den Ausweg aus der Krise des Erwerbsarbeitersystems. Sie sprengen das Monopol des Kapitals als Alleinbesitzer leistungsfähiger, arbeitssparender Produktionsmittel. Sie weisen in Richtung einer people's economy, die sehr weitgehend auf selbstorganisierten, lokalen, vernetzten Selbstversorgungs- und Tauschringen aufbaut. Der Reichtum und Lebensstandard einer Bevölkerung hängt dann weit mehr von der Dichte der lokalen High-tech-Selbstversorgungseinrichtungen ab als von der Höhe des Geldeinkommens.

Die Verbreitung arbeitssparender High-tech-Selbstversorgungseinrichtungen bietet die Möglichkeit, das Verhältnis zwischen Eigenarbeit und gesamtgesellschaftlich erforderlicher Erwerbsarbeit umzukehren. Erstere könnte den bei weitem größten Teil aller Bedürfnisse und Wünsche decken, von letzterer bliebe nur ein immer unbedeutenderer Restbestand. Beide würden sich der Form und dem Inhalt nach kaum unterscheiden und zusammen ca. 150 Tage im Jahr in Anspruch nehmen (Das war auch die normale Arbeitszeit bis Mitte des 18. Jahrhunderts). Die höheren Tätigkeiten, „die sich als Selbstzweck gelten“, würden alle anderen überwiegen.

Konsumwahn, Arbeitszwang und Leistungsdruck könnten verschwinden. Warum, wird oft gefragt, sollten sich die Menschen für bezahlte, gesamtgesellschaftlich notwendige Arbeit noch hergeben, wenn sie, dank Grundsicherung und Eigenarbeit, auch ohne Erwerbstätigkeit auskommen können? Die Frage sollte eigentlich nur von denjenigen gestellt werden, die Arbeit als Buße, Selbstaufopferung und Nötigung ansehen. Warum sollte Freude an

2 Ausführliche Informationen sind erhältlich bei: Zentrum für Neue Arbeit, Oederweg 59, 60318 Frankfurt/M.

3 Siehe Alvin Toffler, *The Third wave*, London 1980 (deutsch: *Die dritte Welle*, übersetzt von C. Rost und T. Lohmeier, Goldmann Sachbuch 11350), Kapitel 20 und 23.

und Lust zur Arbeit nicht mit dem Verschwinden des Arbeitszwangs verbunden sein?

Wissensökonomie

Was sich gegenwärtig abspielt, ist der Übergang von einer Arbeits- in eine Wissensökonomie. Es ist allgemein anerkannt, dass lebendiges sowie totes, in Computern gespeichertes Wissen die wichtigste Produktivkraft ist und auch die wichtigste Form von fixem Kapital. An diesem Kapital lässt sich aber kein Alleinbesitztum erwerben. Das hat selbst Bill Gates erfahren müssen. Zum Unterschied von Sachkapital kann man Wissenskapital weitergeben, schenken, tauschen, teilen, ohne dadurch aufzuhören, es zu besitzen. Es kann beliebig und kostenlos vervielfältigt werden. Es hat keinen kalkulierbaren Tausch- oder Arbeitswert. Der Preis, den z.B. ein Computerprogramm auf dem Markt erzielt, hängt nicht von der Arbeitszeit ab, die sein Erfinder aufgewendet hat, sondern von der Monopolstellung, die er sich für eine kurze Zeit sichern kann, bevor das Programm beinahe kostenlos vervielfältigt werden kann. Das Einkommen seines Erfinders ist eine technische Rente, nicht die Entlohnung einer Arbeitsmenge.

In der Wissensökonomie gelten die alten Gesetze der Ökonomie nicht mehr. Fortschreitende Informatisierung und Automatisierung beseitigen nicht nur Lohnarbeit, sondern auch zahlungsfähige Käufer. Waren und Dienstleistungen, für deren Produktion kaum jemand bezahlt wurde, können auch letzten Endes keine Käufer mehr finden. Wenn die Schöpfung von Reichtum kaum noch Löhne ausschüttet, d.h. kaum noch Zahlungsmittel in Umlauf setzt, wie, auf Grund welcher Prinzipien lässt sich der gesellschaftlich geschöpfte Reichtum verteilen? Hängt das Weiterbestehen einer Gesellschaft dann nicht von einem bedingungslosen, letztendlich arbeitsunabhängigen Recht auf eine Grundsicherung ab? Wer soll diese Grundsicherung unter welcher Form verteilen? Wie soll ein Finanzierungssystem beschaffen sein, das nicht auf Einkommen- und Mehrwertsteuern beruhen kann? All das sind höchst politische, nicht mehr ökonomische Fragen. Wir gehen einer postökonomischen Ära entgegen, blindlings.